Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Stettin, Kirchplatz Nr. 3. Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden von 12—1 Uhr.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. **Donnerstag, den 24. Januar 1884.** **Nr. 39.**

Berlin, 23. Januar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 169. königl. preußischer Klassenlotterie fielen:

1 Gewinn von 30,000 Mk. auf Nr. 38921.

2 Gewinne von 15,000 Mk. auf Nr. 71327 91647.

4 Gewinne von 6000 Mk. auf Nr. 4275 62151 87867 93409.

38 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 10876 12694 16993 19970 21203 21567 26197 30106 32586 33073 36844 38272 39452 42468 44326 46191 50184 50462 51077 51392 51897 52185 52218 53813 57565 57906 61288 63943 65240 65572 69997 72487 79398 85610 86938 88089 91457 94718.

44 Gewinne von 1500 Mk. auf Nr. 1447 1662 2349 4940 7770 8204 9057 9066 14189 17927 18402 20931 21749 22218 25482 28652 34032 37139 37795 41833 42941 43855 44979 48255 49904 51646 54999 58606 61914 62166 66644 67411 67795 67799 69196 71594 75102 83385 83406 83588 86910 88412 91523 93452.

54 Gewinne von 550 Mk. auf Nr. 3372 8873 10353 18024 19548 20198 20814 28526 31381 32051 35800 36924 37736 38275 39398 40181 40415 41154 44612 46479 46687 47725 48119 49112 49207 50241 51082 51250 52035 53470 53609 55092 57882 59036 60243 62639 63031 64563 66996 69254 69749 70003 71281 72361 75582 76366 77198 78951 81978 84016 87040 87818 92489 92576.

Landtags-Verhandlungen.

Herrenhaus.

Das Herrenhaus nahm in seiner heutigen Sitzung den Gesetzentwurf betreffend die Vermehrung der Mitgliederzahl der Staatsschulden-Kommission in der vom Abgeordnetenhause angenommenen Fassung nicht an, sondern änderte den entsprechenden Gesetzesparagraphen dahin ab, daß der Regierung die Ernennung von einem Direktor und mindestens drei Mitgliedern gestattet werden solle.

Die nächste Sitzung ist unbestimmt.

Deutschland.

Berlin, 23. Januar. Der Wunsch ist leicht der Vater des Gedankens, und so können wir uns nicht wundern, wenn die ultramontane Presse nicht glauben will, daß, wenn Deutschland von Frankreich angegriffen würde, Italien, das ihr verhaßte Italien, ruhig stillsitzen und sich neutral verhalten werde. Sie muß also mit dem „Temps" der Meinung sein, daß Italien sich zu nichts verpflichtet habe, als Oesterreich, seinen Verbündeten, nicht anzugreifen, was sich doch wohl von selbst versteht. Wir erhalten inzwischen von einer gewöhnlich unterrichteten Seite die Versicherung, daß Italien dem Friedensbündnisse zwischen Deutschland und Oesterreich unter denselben Bedingungen wie die beiden anderen Mächte beigetreten ist. Man nahm bisher an, daß die vertragsmäßige Bundeshülfe durch den deutsch-österreichischen Vertrag von 1879 erst für den Fall festgesetzt sei, daß Deutschland oder Oesterreich von zwei Seiten angegriffen werde. Es wurde uns indeß die verbürgte Mittheilung, daß das Bündniß etwas enger geschlossen sei und der casus foederis schon dann eintrete, wenn eine der Mächte angegriffen werde und die Gefahr nahe und drohend sei, daß eine zweite Macht sich mit der angreifenden verbinde. Setzen wir also den Fall, daß die Franzosen uns angriffen, um Elsaß-Lothringen zurückzuerobern. Wenn Rußland sich dabei ganz ruhig verhält, keine Rüstungen macht und seine Neutralität erklärt, so würde Oesterreich nicht verpflichtet sein, Deutschland in einem solchen Kriege zu unterstützen, und dasselbe würde für Italien gelten. Ganz anders liegt die Sache, wenn Rußland rüsten und sich anschicken sollte, mit Frankreich verbündet an dem Kriege theilzunehmen; dann würde Oesterreich zur Bundeshülfe verpflichtet sein und ebenso Italien. Obgleich der Wortlaut der Verträge zwischen den drei Mächten nicht bekannt ist, so dürfte deren wesentlicher Inhalt in den obigen Angaben richtig dargestellt sein. Glücklicherweise sind alle solche Erwägungen augenblicklich theoretischer Natur. Zu einem Kriege ist nirgend Aussicht. Der freundliche Empfang des Herrn v. Giers in Wien und die Sprache der gesammten österreichischen und russischen Presse beweist, daß man gegenseitig von der Idee zurückgekommen ist, ein Krieg zwischen beiden Mächten sei unvermeidlich. Man erkennt in Wien und Petersburg an, daß die Eifersüchteleien zwischen dem russischen und österreichischen Einfluß auf der Balkanhalbinsel viel unwichtiger sind, als das Friedensbedürfniß beider finanziell bedrängten Mächte. Die panslawistische Partei in Rußland scheint sich weniger als je der Gunst Kaisers Alexander III. zu erfreuen, und so lange Herr v. Giers am Ruder ist, wird die russische Politik schwerlich abweichen von der in jüngster Zeit bewiesenen weisen Mäßigung und Friedensliebe. Frankreich beschäftigt sich mit weit entfernten Angelegenheiten und überdies stellt ihm das Friedensbündniß der drei Mächte bei allen kriegerischen Gelüsten in Europa eine mächtige Schranke entgegen. Es ist eitel Wind, wenn die Franzosen sich einbilden, Italien würde bei einem großen Kriege unter allen Umständen neutral bleiben. Wir haben gezeigt, daß Italien mit einer so bescheidenen oder vielmehr unwürdigen Rolle sich nicht begnügt, sondern unter Umständen verpflichtet ist, mit den Waffen in der Hand uns Hülfe zu leisten. Diese Aufklärung über den Dreibund kann nur dazu beitragen, etwaige französische Kriegsgelüste zu zügeln.

— Die Auslassung der „Provinzial-Korrespondenz" über den Reichensperger'schen Antrag bewegen sich in den aus den Verhandlungen im Abgeordnetenhause vom Regierungstische her gehörten Wendungen.

„Was immer mit diesem Antrage beabsichtigt gewesen sein mag", heißt es in dem Artikel, — „eine Beeinflussung der Staatsregierung oder eine Beeinflussung der katholischen Bevölkerung, — seinen Zweck hat derselbe vollständig verfehlt. Eine Regierung, deren versöhnliches Entgegenkommen gegen die Bedürfnisse der katholischen Gemeinden nicht mehr des Erweises bedarf, ist der Gefahr irgend welcher Mißverständnisse von irgend welcher Seite ein- für allemal überhoben, wenn sie Vorschläge zurückweist, welche die wahren Interessen der evangelischen wie der katholischen Kirche nicht nur nicht fördern, sondern alle auf kirchenpolitischem Gebiete überhaupt möglichen Streitfragen aufs Neue hinaufbeschwören würden. Weil die Regierung den Frieden und nicht den Krieg, eine Versöhnung, nicht eine Verschärfung der Gegensätze will, sind die Wünsche unerfüllbar, welche rücksichtlich der Begnadigung zweier der ihrer Stellungen enthobenen Bischöfe geäußert worden."

— In der gestrigen ersten Sitzung des „Volkswirthschaftsrathes", worüber wir schon theilweise berichteten, haben die neuen Grundzüge der Unfallversicherung eine überwiegend ungünstige Aufnahme gefunden. Selbst diejenigen Redner, welche sich mit dem Gedanken der „Berufsgenossenschaft" befreundeten, hatten Bedenken gegen die vorgeschlagene Gestaltung derselben, gegen die büreaukratische Bevormundung etc. Von mehreren Industriellen wurde diese ganze Einrichtung abgewiesen und freie Versicherung verlangt. Allseitig tadelte man die Einschränkung der Zahl der Betriebe, auf welche das Gesetz sich beziehen soll — aber gerade diese ist die Voraussetzung der Organisation von „Berufsgenossenschaften", da solche sich für die ausgeschlossenen Betriebe selbst nach der Auffassung der Regierung nicht würden herstellen lassen. Das vorgeschlagene Umlageverfahren wurde allseitig als unsolide abgelehnt. Andererseits machten die Herren Baare und Genossen, welche den ersten Entwurf der Regierung wegen des darin enthaltenen Reichszuschusses und Beitrags der Arbeiter unterstützt hatten, nunmehr Opposition wegen des Verzichts auf diese Zuthaten und wegen der vorgeschlagenen Betheiligung der Arbeiter an der Feststellung der Entschädigungen u. dergl. — In der heutigen Sitzung wurde die Generaldiskussion über die Grundzüge des Unfallversicherungsgesetzes fortgesetzt.

— Die Mitglieder des Volkswirthschaftsraths sind zu Freitag, den 25., Nachmittags 6 Uhr, vom Minister v. Bötticher zum Diner geladen.

— In einem Artikel über die Steuerdebatte erklärt die „Prov.-Korr.", daß die Staatsregierung die 3. und 4. Klassensteuerstufe keinenfalls beibehalten wolle; es wird darüber gesagt:

Nur unter Berücksichtigung dieses leitenden Gedankens können die auf stärkere Belastung der größeren Einkommen und auf Heranziehung der Einkommen aus Kapitalvermögen gerichteten Regierungsvorschläge richtig beurtheilt werden. Soll davon abgesehen werden, der Förderung des Wohls der ärmeren Klassen durch Befreiung zweier weiterer Steuerstufen zu Hilfe gekommen zu sehen, so büßen die in den erwähnten Gesetzentwürfen zum Ausdruck gebrachten Reformvorschläge nach Anschauung der Staatsregierung die Grundlage ein, auf welche sie gebaut sind. Abänderungsvorschläge, welche Einzelheiten der Ausführung und Technik zum Gegenstande haben, werden bereitwillige Berücksichtigung finden, an dem Ausgangspunkte derselben muß die Staatsregierung dagegen festhalten.

Feuilleton.

Der Frauenmörder Hugo Schenk.

Der Name Hugo Schenk soll, wie es scheint, für die nächste Zeit aus den Spalten der Blätter nicht verschwinden, denn mit wie vielen grundlosen Geschichten, wie vielen haltlosen Gerüchten diese in den Annalen der Kriminalistik einzig dastehende Affaire auch umgeben worden ist, die Wirklichkeit übertrifft in diesem Falle noch die dichtende Phantasie. Wenn sich diese oder jene Angabe nicht bestätigt, der Verdacht in dem einen oder dem andern Punkte nicht als begründet erweist, so werden dafür andere Entdeckungen gemacht, die noch schlimmer sind als das falsche Gerücht. Heute sind wiederum mehrere sensationelle Mittheilungen zu registriren. Zunächst hat Hugo Schenk das Geständniß abgelegt, daß er beabsichtigt habe, in nächster Zeit noch fünf Personen zu ermorden und auszurauben und dann mit seiner Geliebten Emilie Höchsmann nach Amerika zu entfliehen. Nach seinen Angaben waren die auserkorenen Opfer: Ein Hotel-Stubenmädchen, zwei Mädchen aus wohlhabenden Bürgershäusern, das bereits mehrfach genannte Fräulein Malfatti und Josefine Eder. — Ueber den Raubplan gegen das greise Fräulein von Malfatti wird des Näheren berichtet:

Hugo Schenk war mit Josephine Eder am 9. d. Mts. in Wien angekommen. Josephine Eder erschien noch an jenem Tage in der Villa des Fräuleins Malfatti, welche ihrer einstigen Dienerin gerne Unterkunft gewährte. Ein Mann, der als Schlossarek rekognoszirt wurde, trug der Eder damals das Gepäck in die Villa. Josephine Eder verbrachte die erste Nacht nicht in der Villa, und als sie am folgenden Tage wieder nach Hietzing kam, wurde ihr von einem zweiten Manne — Karl Schenk — ein Schreiben überbracht, das sie sofort beantwortete. Gegen Josephine Eder wurde in der Villa von Niemandem ein Argwohn gehegt, und sie genoß immer noch das unbedingte Vertrauen ihrer einstigen Herrin. Diesem Umstande ist es auch zuzuschreiben, daß sie sich in allen Räumen des Hauses frei bewegen konnte, ohne irgend Mißtrauen zu erregen. Am Freitag Vormittag pflegte nun Fräulein v. Malfatti die Kirche und hierauf das von dem Fräulein errichte und erhaltene Asyl für Greisinnen in Ober-St. Veit zu besuchen. Zur selben Stunde begab sich täglich der Diener Peter in den Ort, um Einkäufe zu besorgen. Josephine Eder blieb daher allein in der Villa zurück, und diese Zeit dürfte sie benutzt haben, um die Vorbereitungen für ein leichtes unbemerktes Eindringen in die Villa zu treffen. Am nächsten Tage wurde Josephine Eder zur Polizei berufen, um in der Affaire Hugo Schenk, der mittlerweile schon verhaftet worden war, vernommen zu werden. Während ihrer Abwesenheit wurde nun durch Zufall wahrgenommen, daß in dem versperrten Ecksalon der Hauptfront der Villa der dreifache Verschluß eines Fensters von innen geöffnet worden war, so daß man von Außen anstandslos das Fenster öffnen und in das Zimmer hätte einsteigen können. Durch dieses Fenster also sollte einer der Mordgesellen in den Salon und von diesem in das Schlafgemach des Fräuleins v. Malfatti eindringen und dann den Diebstahl, vielleicht auch den Mord ausführen. Die Pretiosen und das Silber, welches Fräulein v. Malfatti bei sich in der Villa hatte, repräsentirten, ohne das Baargeld, einen Werth von ungefähr 10,000 Gulden. Seither sind diese Werthsachen auf Veranlassung der Eigenthümerin aus dem Hause geschafft, und in sichere Obhut gegeben worden. Bemerkenswerth ist noch bezüglich des in Hietzing geplanten Verbrechens, daß nach dem Einsteigen in die Villa und nach vollzogenem Raube die Eder durch Narkose bewußtlos gemacht werden sollte, um später in diesem Zustande aufgefunden zu werden und so jeden Verdacht eines Einverständnisses zu zerstreuen. Wäre aber dieser Einbrecher- oder Mordplan gelungen, so würde an die Helfershelferin selbst, an Josephine Eder, die Geliebte Schenks, die Reihe, ermordet zu werden, gekommen sein; wenigstens soll Schenk dies offen gestanden haben, und in der That mußte ihm Alles daran liegen, die Mitwisserin eines solchen Verbrechens aus dem Wege zu räumen.

Sodann ist man drei neuen Verbrechen auf der Spur, die wieder kein Anderer verübt haben soll, als Hugo Schenk. Im Auftrage der Mährisch-Schlesischen Ober-Staatsanwaltschaft werden auch in Bielitz bezüglich der Affaire Schenk und Schlossarek Erhebungen gepflogen. In Bielitz befinden sich nämlich Verwandte Schlossareks, die keines guten Rufs genießen, darunter die Gattin des Weißkirchener Drechslers Franz Schlossarek, die von ihrem Gatten geschieden ist. Sowohl bei ihr, als auch bei anderen Verwandten Schlossareks im benachbarten Biala wurden bereits durch die Gendarmerie und durch eine Kommission des Bielitzer Bezirksgerichts Haussuchungen vorgenommen, durch die konstatirt ist, daß eine eifrige Korrespondenz mit dem Wiener Schlossarek gepflogen wurde. Mehrere Briefe, Korrespondenz- und Visitenkarten wurden saisirt und Anna Schlossarek, geborene Witkofsky, Schwägerin des Wiener Schlossarek, verhaftet und gefesselt nach Mährisch-Weißkirchen eskortirt. Es liegt der Verdacht vor, daß zwei neue Verbrechen aufgeklärt werden sollen, denen jedesmal gleichfalls Frauenspersonen zum Opfer fielen. Ende September v. J. verschwand nämlich in der Gegend von Bielitz eine vornehme Dame, Namens Magdalena Zielock, die auf einer Vergnügungsreise nach Italien begriffen war. Sie hatte eine Fahrkarte bis Mailand gelöst, befand sich in Gesellschaft eines jungen Mannes und verschwand hier spurlos sammt ihrem Reisegepäck. Der zweite Fall, dessen Urheberschaft nunmehr entdeckt werden soll, datirt aus dem Jahre 1874, zu welcher Zeit Schenk in Bielitz war und in einer Villa bei einer Verwandten Schlossareks logirte. Um die Pfingstzeit 1874 fand man nämlich unweit des Schienenstranges der Saybuscher Bahn im Gestrüpp die grausam verstümmelte und bis zur Unkenntlichkeit entstellte Leiche eines Mädchens, deren Identität nicht festzustellen war. Zur Zeit der Auffindung dieser Leiche befand sich Schenk nicht mehr in Bielitz, doch hatte die Leiche bereits mehrere Tage auf dem Fundorte gelegen, so daß der Verdacht vorliegt, Schenk habe unmittelbar vor dem Verlassen der Stadt damals auch dieses Verbrechen vollführt. Das Bielitzer Bezirksgericht ist mit den Erhebungen und Vernehmungen vollauf beschäftigt. Endlich wird aus Augsburg gemeldet, daß Hugo Schenk verdächtig sei, ein dort bedienstet gewesenes Mädchen, Namens Spatz, aus Schwabmünchen ermordet zu haben. Von dem Mädchen, das 465 Mark Anfangs 1883 als Heirathsgut erhielt, fehlt bis heute jede Spur. Schenk hat sich angeblich als Baron aus Buchau und Besitzer einer großen Buchhandlung in Wien und mehrerer Güter an der russischen Grenze vorgestellt.

Von psychologischem Interesse ist noch Folgende In Nr. 4 der „Mährischen Illustrirten Zeitung" v Jahre 1872 befinden sich einige sentimentale Gedic Eines derselben lautet:

Heut' knistert unter'm Fuß der Schnee
Und gestern wehten Frühlingsdüfte —
Ich möchte weinen heut' vor Weh,
Und gestern jauchzt' ich in die Lüfte . . .

Ich seh' im Walde unter'm Strauch
Manch' weiße Frühlingsblüthe sterben. —
Wie meinen Lebensmuth ein Hauch,
Ein einz'ger Hauch konnt' sie verderben.

Ein Vöglein liegt, erstarrt vor Frost,
Wohl unter seinem Nest beim Baume;
Es macht' ein Reif, ein eis'ger Frost
Ein End' dem holden Frühlingstraume.

Ihr Blüthen welk! Du Vöglein todt!
Ein Frühlingsfrost bei Nacht verzehrte —
Gleich meiner Liebe Morgenroth,
Das mir ein Reif im Lenz zerstörte . . .

Der Verfasser dieses gefühlvollen Gedichtes ist — Hugo Schenk, der Massenmörder.

* * *

Unsere Leser dürfte es interessiren, daß Schenk im vorigen Jahre auch der Stadt Stettin einen Besu abgestattet hat, nachdem er bereits einige seiner Mordthaten vollführt hatte. Sein hiesiger Aufenthalt war allerdings nicht mit einem Mordplan verbunden und deshalb halten wir es auch nicht für angezeigt, über den uns bekannten Zweck desselben hier näher zu berichten. D. Red.

halten, weil sie in der Entlastung der ärmeren Klassen eine sozialpolitische Nothwendigkeit, eine sittliche Pflicht sieht, deren Erfüllung wohl verzögert, aber nicht beseitigt werden kann.

— Der Kaiser wird, wie man hört, der im Frühjahr bevorstehenden Doppelhochzeit der beiden hessischen Prinzessinnen Victoria und Elisabeth mit dem Prinzen Ludwig von Battenberg bez. dem Großfürsten Sergius von Rußland persönlich beiwohnen. Die Hochzeit soll dem Vernehmen nach in die Tage fallen, in welchen der Kaiser seinen alljährlichen Aufenthalt in Wiesbaden nimmt, so daß die Fahrt nach Darmstadt eine Anstrengung für den hohen Herrn nicht mit sich bringt.

— Seit dem Beginn dieses Monats erscheint hier unter dem Titel „Der Volksfreund" eine tägliche Zeitung, welche mit großer Zurückhaltung, aber ohne Verleugnung des prinzipiellen Standpunkts, die Anschauungen der Sozialdemokratie vertritt. Die Herausgeber sind in der Parteibewegung bisher in keiner Weise hervorgetreten. Das Erscheinen des Blattes hat in der jüngsten Zeit zu vielfachen Erörterungen in Arbeiter-Versammlungen geführt; während man von der einen Seite die Unterstützungen desselben durch Abonnement empfahl, wurde andererseits lebhaft hiergegen agitirt. Ueber die Gründe dieser Gegnerschaft gehen die Angaben auseinander; theils wird angedeutet, daß die Arbeiter den Herausgebern des Blattes nicht trauen könnten, theils wird betont, daß die Leiter der „Arbeiterpartei" demnächst selbst ein Organ begründen wollten, für welches die Parteigenossen ihr Abonnement reserviren sollen. Heute erlassen die Vertreter der „Arbeiterpartei" in der Stadtverordneten-Versammlung folgende Erklärung:

Gegenüber den in der Presse kursirenden Gerüchten erklären wir Unterzeichneten, daß sie selbst sowohl als auch ihre Gesinnungsgenossen in keiner Beziehung zu dem seit einigen Tagen in Berlin erscheinenden „Volksfreund" stehen.

Berlin, den 18. Januar 1884.

Paul Singer. Fritz Görcki. Franz Tutzauer.
A. Herold. Ferdinand Ewald.

Es wird auf alle Fälle von Interesse sein, bemerkt die „N.-Z." hierzu, zu sehen, wie unter dem Sozialistengesetze ein sozialdemokratisches Blatt in Berlin zu bestehen versucht — was an sich durch jenes Gesetz nicht ausgeschlossen ist —, mag es nun der „Volksfreund" oder ein anderes, erst zu begründendes Blatt sein.

— Aus Straßburg i. E. vom 22. Januar Abends meldet „C. T. C.":

In der heutigen Sitzung des Landesausschusses griff der Abg. v. Bulach (Sohn) bei der Etatsposition für den Statthalter das in der „Nordd. Allg. Ztg." seiner Zeit veröffentlichte Interview an, dessen Authentizität er bezweifelte. v. Bulach erklärte, er sei nicht im Namen unzufriedener Beamten aufgetreten und protestire gegen eine Zusammenstellung seiner Person mit Antoine, halte aber im Uebrigen seine Behauptungen aufrecht. Staatssekretär v. Hofmann erwiderte, die von dem Statthalter inaugurirte Versöhnungspolitik sei in einem Theil der deutschen Presse als Schwäche angegriffen worden, das Land sei aber dem Statthalter dankbar, in dem beruhigenden Bewußtsein, daß nicht nach der Schablone regiert werde und der Statthalter das Land selbst kennen zu lernen suche. Der Abg. v. Bulach habe gerade getadelt, was das Land billige. Die Rede wäre bedeutungslos geblieben, wenn sie nicht über Elsaß-Lothringen hinaus bekannt geworden wäre, jetzt schlage die vorhin erwähnte Strömung in Deutschland daraus Kapital. Was das Interview anbelange, so enthalte dasselbe vieles, was den Anschauungen des Statthalters entspreche. Wenn Bulach mit dem Vorwurfe des persönlichen Regiments meine, daß auf ehrgeizige oder persönliche Wünsche Rücksicht genommen würde, so sei eine solche Behauptung als grundlos zurückzuweisen, so lange sie nicht durch Thatsachen erhärtet werde. Abg. Köchlin (Mühlhausen) erklärte unter allgemeinster Zustimmung des Hauses, die Angriffe gegen den Statthalter seien nur als die persönliche Stimmung des Abg. v. Bulach anzusehen, nicht als die Ansicht des Landesausschusses. Das Land würde dem Statthalter dankbar sein, wenn er in seinem Regiment der Milde fortfahre. Abg. v. Bulach erwiderte, er habe nicht von der Person des Statthalters gesprochen, sondern nur von dem System. Er habe die volle Verfassung reklamirt, darin werde das Haus ihm beistimmen. Staatssekretär v. Hofmann ersucht den Redner, die Frage nicht zu vermischen, bezüglich der Verfassung stimme ihm das Haus wie die Regierung zu, das habe aber mit seinen Angriffen nichts zu thun. Nachdem der Abgeordnete Grad noch für die Aufhebung des sogenannten Diktaturparagraphen gesprochen, wurde die Debatte geschlossen und der Gegenstand verlassen.

— Der „Figaro" schreibt: „Admiral Dowell, der die englische Eskadre im Kanal La Manche kommandirte, ist nach China abgegangen, wo er das Kommando über zwölf Kriegsschiffe übernehmen wird, welche England an diesem Punkte vereinigt hat, um die „Konzessionen" gegen eventuelle Angriffe des chinesischen Pöbels zu schützen. Admiral Dowell hat unter seinem Befehl die Schiffe „Audacious", „Albatros", „Cleopatra", „Fly", „Vigilant", „Foxhound", „Zephir", „Pegasus", „Cockchofer", „Daring", „Swift" und „Espoir" — und er ist bereits von allen in China repräsentirten Mächten dazu bestimmt worden, das allgemeine Kommando über die Kriegsschiffe aller Flaggen zu übernehmen. Es ist dies das erste Mal, daß sich die Mächte so vollständig über einen Punkt verständigen, der außer seiner humanitären Seite unter den gegenwärtigen Umständen auch einen politischen Charakter an sich trägt, dessen Bedeutung der Regierung in Peking gewiß nicht entgangen ist, denn er zeigt eine Gemeinschaftlichkeit der Ansichten, welche China beim Ausbruch der Feindseligkeiten in Tonkin nicht vermuthet hatte, als es einen Konflikt zwischen den rivalisirenden Interessen hervorzurufen hoffte. Bei Uebernahme des Kommandos wird Admiral Dowell die Admirale und Kapitäne der Schiffe zu einem Kriegsrath zusammenberufen, die Punkte an der chinesischen Küste bestimmen, wo dieses oder jenes Kriegsschiff eine beständige Ueberwachung ausüben soll, sowie die Stationen, welche von mehreren Kriegsschiffen besetzt werden sollen. Die Gegenwart der kombinirten Flotte und ihre eventuelle Aktion werden um so nothwendiger sein, als in China ernste Unruhen auszubrechen drohen. Die Vertreter der Mächte haben gegen die Defensivmaßregeln protestirt, welche die Vizekönige in den südlichen Provinzen und besonders in Kanton anzuordnen für gut befunden hatten und welche sich in auffallenden kriegerischen Vorkehrungen, Truppenanhäufungen und Befestigungen äußern.

— Die Newyorker Journale vom 8. d. Mts. melden, daß sich die Lage in Bolivia sehr kritisch gestaltet habe. Die Regierung hatte ein gezwungenes Anleihen ausgeschrieben, und alle Jene, welche nicht subskribiren wollten, wurden ins Gefängniß geworfen. Selbst der Konsul von Brasilien war verhaftet, aber später wieder freigelassen worden. Der Minister des Innern und Aeußern, Dr. Silveti, hat seine Demission eingereicht. Unordnung und Verwirrung herrschen im ganzen Lande. Es geht im Iquique das Gerücht, daß Brasilien und die Vereinigten Staaten mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen gedroht haben, wenn ihren Klagen nicht bald Abhülfe geschafft wird.

Ausland.

Paris, 22. Januar Die Regierung hat durch den Direktor des Leihhauses Erhebungen anstellen lassen über die Möglichkeit der Durchführung des Antrages Laisant auf Einlösung aller verpfändeten Objekte von geringem Werthe, insbesondere der Werkzeuge und des Bettzeuges, auf Staatskosten und deren unentgeltliche Rückgabe an die Verpfänder. Die Maßregel würde etwa 9½ Millionen erfordern und doch den Verpfändern wenig zu Gute kommen, da diese meistens die Pfandzettel an die Trödler weiterverkauft oder verpfändet haben Die Regierung ist deshalb gegen den Antrag, ebenso auch die Majorität der von der Kammer heute gewählten Kommission.

Petersburg, 19. Januar. Die Ankunft des Grafen Herbert Bismarck läßt die Zeitungen hier nicht zur Ruhe kommen. Jede einzelne stellt die Frage auf: „Was hat die Sendung zu bedeuten?" und jede giebt sich selbst die etwa dahin gehende Antwort, daß die „Sendung" im Grunde genommen nichts Besonderes zu bedeuten habe. Die „St. Petersburgskija Wjedomosti" bemerkt in dieser Angelegenheit, anknüpfend an eine offiziöse deutsche Auslassung:

„Der derzeitige deutsche Botschafter, General von Schweinitz, erfreut sich der aufrichtigsten Achtung der St. Petersburger Gesellschaft und hat es verstanden, sich ungeachtet aller Mißverständnisse, die in Bezug auf unsere Sympathien zu unseren deutschen Nachbarn in dieser Zeit mehrmals entstanden, sich diese Achtung stets unverändert zu erhalten. Weder die Polemik der St. Petersburger-Berliner Blätter, noch auch die Schwenkungen in der öffentlichen Meinung haben auch nur die geringste Aenderung in dem Verhalten des St. Petersburger Hofes und der St. Petersburger Gesellschaft dem deutschen Botschafter gegenüber herbeizuführen vermocht. Die Freundschaft, welche ein Jahrhundert hindurch Deutschland mit Rußland verbindet, ist auf für beide Mächte gleich wichtigen und wesentlichen Interessen basirt. In Anbetracht aller dieser günstigen Bedingungen würde die Thatsache an und für sich allein, daß Graf Herbert Bismarck von London nach St. Petersburg versetzt ist, in unseren Augen von besonders wichtiger Bedeutung sein; wenn aber noch außerdem der Leiter der deutschen Politik offiziös erklären läßt, daß er durch die Versetzung seines Sohnes nach St. Petersburg einen Beweis für die Aufrichtigkeit der Beziehungen zu liefern wünscht, die zwischen Rußland und Deutschland bestehen, so kann er im Voraus dessen sicher sein, daß seinem Sohne hier der freundschaftlichste Empfang zu Theil werden wird."

Im Petersburger „Herold" heißt es u. A.:

„Es ist geradezu eine jede Möglichkeit ausgeschlossen, daß der älteste Sohn des deutschen Kanzlers, obwohl er sich der Diplomatie gewidmet, irgend welch einen diplomatischen Auftrag habe, da das deutsche Kaiserreich in der Person des Generals von Schweinitz seinen Vertreter in Petersburg hat. Und der gegenwärtige deutsche Botschafter in Rußland nimmt eine so hervorragende Stellung ein, genießt eines gar zu großen Vertrauens seitens des Berliner Hofes, eines gar zu großen Ansehens seitens Hofes von St. Petersburg, als man sogar die Möglichkeit zugeben könne, als daß in Anwesenheit einer derartigen Vertrauensperson Jemand anders mit einem wichtigen diplomatischen Auftrag betraut werden könnte. Eine solche Voraussetzung zulassen — heißt seine Unbekanntschaft mit den Traditionen der Diplomatie bekunden."

Meine eigenen auf die Frage sich beziehenden Erfahrungen, die ich an guter Quelle geschöpft zu haben glaube, sagt der Korrespondent der „Nat.-Ztg.", lassen mich nun dem ganzen Inhalt dieser Auseinandersetzungen nicht ohne Weiteres beistimmen. Richtig ist, daß Graf Herbert Bismarck nicht mit einer offiziellen Mission beauftragt worden ist, das entspräche in der That angesichts der in Betracht kommenden Personenfragen nicht dem diplomatischen Gebrauche. Graf Bismarck ist sicher auch nicht als „geheimer Agent" in Petersburg, der Verhandlungen zu pflegen und Abmachungen zu treffen hätte, mit denen die Welt überrascht werden soll. Man faßt die Sendung des Grafen Bismarck vielmehr dahin auf, daß er in einem eminenten Sinne der Vertrauensmann seines Vaters ist, der von seiner politischen Einsicht besonders viel hält und daß dieser sich über russische Dinge so direkt wie möglich orientiren will. Die Versetzung des Grafen Redern und dessen temporäre Ersetzung durch Baron Plessen, der wieder nach Wien zurückgeht, boten eine gute Gelegenheit: Graf Herbert wurde mit der Ausfüllung des Interimistikums beauftragt. Ein halbes Jahr lang oder weniger wird er in Petersburg verbleiben und hinreichend Gelegenheit finden, Eindrücke in sich aufzunehmen. Von der Art derselben, soweit sie politischer Natur sind, dürfte Manches in der Gestaltung der deutschen Beziehungen zu Rußland abhängig sein. Und da die Regelung derselben zu den bedeutendsten Aufgaben des Reichskanzlers gehört, so darf man in einem gewissen Sinne wohl sagen, daß die „Sendung" des Grafen Herbert von politischer Tragweite ist. Sie hat jedenfalls auch insofern eine solche Tragweite, als das Interesse des Reichskanzlers die Beziehungen zu Rußland zu pflegen aus dieser Sendung unzweideutig hervorgeht und der russische Hof dieselbe in diesem Sinne aufzufassen scheint. Dem Letzten entspricht auch die überaus warme Aufnahme, die Graf Bismarck hier zu Theil geworden ist.

Provinzielles.

Stettin, 24. Januar. In der Zirkular-Verfügung des Finanzministeriums vom 27. Dezember 1857, betreffend das Gesetz vom 18. Juni 1840 über die Verjährungsfristen bei öffentlichen Abgaben, ist die Bemerkung enthalten, daß in denjenigen Fällen, in welchen einem gehörig veranlagten Steuerpflichtigen die Bekanntmachung über die erfolgte Veranlagung, beziehungsweise die Zahlungsaufforderung nicht mehr im Laufe desjenigen Kalenderjahres, für welches die Veranlagung erfolgt ist, hat zugestellt werden können, nicht die für den Fall gänzlicher Uebergehung vorgesehene kurze Verjährung der §§ 5 und 6 l. c, sondern die im § 8 daselbst vorgeschriebene vierjährige Verjährung eintrete. Da dieser letztere Paragraph sich aber nur auf zur Hebung gestellte Steuern bezieht und die Motive zu dem Gesetze ergeben, daß darunter nur solche Steuern zu verstehen sind, deren Bekanntmachung an die Pflichtigen vorschriftsmäßig und rechtzeitig erfolgt ist, so ergiebt sich daraus, daß auch in den Fällen, in welchen die Bekanntmachung entgegen der Bestimmung in den §§ 5 und 6 l. c. nicht mehr in dem Jahre erfolgen konnte, für welches die Nachforderung geltend gemacht wird, der Fiskus die vierjährige Verjährungsfrist nicht für sich in Anspruch nehmen darf. Dem entsprechend wird denn auch dem Vernehmen nach amtlich behördlicherseits verfahren, die erwähnte Bemerkung der ministeriellen Verfügung vom 27. Februar 1857 also als aufgehoben angesehen.

— Mit der Ziehung der 1. Klasse 170. königlich preußischer Lotterie wird am 2. April d. J. der Anfang gemacht werden. Die Ausgabe der Loose 1. Klasse wird seitens der Einnehmer nicht vor dem ersten Tage nach beendigter Ziehung der 4. Klasse der 169. Lotterie erfolgen.

— Auf dem Boden des Hauses Parnitzstraße 39—40 brach gestern Mittag kurz nach 12 Uhr Feuer aus, welches durch die in den verschiedenen Kammern lagernden Brennmaterialien der Hausbewohner auch Nahrung fand und sich sehr schnell verbreitete. Den Anstrengungen der Feuerwehr, welche bis gegen 4 Uhr Nachmittags in Thätigkeit war, gelang es, den Brand zu löschen, ehe die Wohnräume vom Feuer ergriffen wurden. Der Dachstuhl ist vollständig zerstört. Die Bewohner des Hauses haben nicht unbedeutenden Schaden, da das bei der Löscharbeit verwandte Wasser in die Wohnung drang und das Mobiliar beschädigte.

— Der Postdampfer „Salier", Kapt. C. Wiegand, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 6. Januar von Bremen und am 9. Januar von Southampton abgegangen war, ist am 21. Januar 6 Uhr Morgens wohlbehalten in Newyork angekommen.

— Der Postdampfer „Main", Kapt. O. Heimbruch, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 9. Januar von Bremen und am 11. Januar von Southampton abgegangen war, ist am 21. Januar 6 Uhr Morgens wohlbehalten in Newyork angekommen.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Czar und Zimmermann." Komische Oper in 3 Akten.

Der „Bettelstudent"-Komponist Millöcker hat eine neue Operette unter dem Titel „Gasparone" komponirt, die demnächst in Wien am Theater an der Wien, später im neuen Friedrich-Wilhelmstädter Theater zu Berlin aufgeführt werden wird.

Vermischtes.

Aus dem Oldenburgischen, 14. Januar. Ueber eine seltene Operation schreibt man dem „Westph. Volksbl.: „Im Krankenhause zu Kloppenburg ist vor etlichen Wochen durch die Herren Oberstabsarzt Dr. Müller aus Oldenburg und Dr. Wehage aus Kloppenburg eine Operation vorgenommen worden, welche wegen ihrer Seltenheit und ihres glücklichen Erfolges in weiteren Kreisen bekannt zu werden verdient. Eine noch junge Bauernfrau war an einem Nierenleiden erkrankt und durch dasselbe trotz aller angewandten Mittel schließlich so herunter gekommen, daß ihr Ableben in den nächsten Tagen zu befürchten war, wenn nicht das letzte und wegen der großen Schwäche der Frau so gefährliche Mittel noch Rettung brachte. Wie dem „Kloppenb. Wochenblatt" mitgetheilt wird, wurde der Frau, nachdem sie chloroformirt war, von den oben genannten Aerzten die Seite aufgeschnitten und ihr die total verdorbene Niere herausgenommen. Ohne daß ein Wundfieber eintrat, erholte sich die todtkranke Frau von dem Tage an rasch, so daß sie kürzlich als völlig geheilt entlassen werden und zu den Ihrigen zurückkehren konnte."

— (Fatal.) In einem bombastischen Kampflied für irisch-amerikanische Revolutionäre war jüngst die jedenfalls sehr gelungene Zeile zu lesen: „We fight the bottle bravely." („Wir bekämpfen brav die Flasche.") Der „Dichter" hatte nämlich „battle" geschrieben („wir kämpfen brav die Schlacht"), der dito revolutionäre Setzer war aber in diesem Falle wahrheitsliebender als der Dichter.

Telegraphische Depeschen.

Dresden, 23. Januar. Zweite Kammer. Der Antrag der Sozialdemokraten, die Gesindeordnung aufzuheben und den Arbeitsvertrag zwischen Dienstboten und Dienstherrschaften allen übrigen Arbeitsverträgen gleichzustellen, wurde abgelehnt, nachdem die Liberalen und die Konservativen sich entschieden dagegen erklärt hatten.

Wien, 23. Januar. (Post.) In einem Interview mit einem Redakteur der „N. Fr. Presse" äußerte sich Herr v. Giers, er habe ursprünglich die Absicht gehabt, während seiner Reise sich von Amtsgeschäften fernzuhalten; da habe er vom Fürsten Bismarck eine Einladung zum Besuche nach Friedrichsruh erhalten. Einer so schmeichelhaften Einladung habe er folgen müssen und er sei äußerst befriedigt über die vortrefflichen Beziehungen zu Deutschland von Friedrichsruh abgereist. In Montreux habe Fürst Lobanoff ihm mitgetheilt, daß es der Wunsch des Kaisers Franz Josef sei, ihn auch in Wien zu sehen, und er habe sich um so bereitwilliger beeilt, diesem Wunsche zu entsprechen, als ihn auch eine alte persönliche Freundschaft mit dem Grafen Kalnoky verbinde. Minister von Giers äußerte weiter, daß eine Störung des europäischen Friedens von keiner Seite zu besorgen sei. Was die bulgarische Angelegenheit betreffe, sei dieselbe rein lokaler Natur und mehr persönlich als politisch. Vielleicht habe auch Fürst Alexander ein wenig zu früh angefangen zu vergessen, was er Rußland verdanke. „Wir aber," fuhr Herr von Giers fort, „respektiren die Selbstständigkeit der Balkanstaaten und den Zustand, welcher durch den Berliner Vertrag geschaffen wurde." Herr v. Giers schloß mit der Versicherung, daß die Politik des Zaren von den freundlichsten Intentionen erfüllt sei und daß dies auch in Wien anerkannt werde.

Der durch das Raubattentat in der Mariahilfstraße betroffene Wechselstuben-Inhaber Eisert ist gestern Abend um 10 Uhr gestorben, auch sein zweiter Sohn Heinrich ist der Auflösung nahe.

Petersburg, 23. Januar. Am 28. d. Mts. findet bei dem Kaiser und der Kaiserin im Winterpalais eine große Ballfestlichkeit statt, zu welcher Einladungen an die höheren Beamten, Generäle, zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Korps und andere Notabilitäten ergangen sind.

Moskau, 22. Januar. Der in diesem Jahre zum ersten Male seit der Krönung zusammentretende Moskauer Adelskonvent zur Vornahme der Wahlen des Adels für öffentliche Aemter wurde heute vom Generalgouverneur mit einer Ansprache eröffnet, in welcher derselbe betonte, daß der Moskauer Adel bei der Ausübung öffentlicher Aemter jederzeit seine traditionelle Loyalität für den Thron und das Vaterland an den Tag gelegt und sich dadurch seine Ehrenstellung unter den übrigen Ständen erworben habe. Wenn auch bei den Wahlen der allgemeinen Stände würdige Mitglieder des Adelsstandes zuweilen übergangen worden seien, so beeinträchtige das doch nicht die Berechtigung des Adels, den Angelegenheiten der allgemeinen Stände gegenüber eine hervorragende Stellung einzunehmen. Der Generalgouverneur rief dem Konvente das vom Kaiser dem Adel bei der Krönung ausgedrückte Vertrauen zu dessen erprobter Ergebenheit ins Gedächtniß und erklärte schließlich, er hoffe zuversichtlich, der Adel werde nach wie vor eine Stütze alles Guten zum Nutzen des Thrones und des Vaterlandes sein und sich bei den bevorstehenden Wahlen auf der Höhe der staatlichen Bedeutung des Adelsstandes befinden. Hierauf wurde der Entwurf einer Adresse an den Kaiser abgefaßt und verlesen, in welchem den Gefühlen der Liebe, der Ergebenheit und des Vertrauens zu dem Monarchen Ausdruck gegeben wird. Der Adreßentwurf wurde von den Versammelten mit enthusiastischen Zurufen begrüßt.

Washington, 22. Januar. Der Senat hat einen Antrag genehmigt, der die Kommission für die auswärtigen Angelegenheiten beauftragt, zum Schutze der amerikanischen Interessen gegenüber denjenigen Ländern, welche die Einfuhr von amerikanischem Fleisch verbieten oder beschränken, gesetzgeberische Maßregeln vorzubereiten.